



## **Der Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen** in der Stadt St.Gallen Planung 2010 bzw. 2015

Bericht der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen

Herausgeberin:

Fachstelle Gesellschaftsfragen der Stadt St.Gallen, Amtshaus, 9004 St.Gallen

Telefon: 071 224 54 41, E-Mail: [gesellschaftsfragen@stadt.sg.ch](mailto:gesellschaftsfragen@stadt.sg.ch)

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Vorgehensweise und Rahmenbedingungen .....	4
3	Grundlagen .....	5
3.1	Planungsgrundlagen .....	5
3.2	Rechtliche Grundlagen .....	5
3.3	Bisherige Entwicklung.....	6
3.4	Vergleich mit der Bevölkerungsstruktur des Kantons St.Gallen .....	7
3.5	Zukünftige Entwicklung .....	8
4	Zusammensetzung der Heimbewohner und -bewohnerinnen in der Stadt St.Gallen ....	10
5	Bedarf an Heimplätzen .....	12
6	Bedarfsberechnungen .....	12
6.1	Angebot an Heimplätzen .....	13
6.2	Gegenüberstellung von erforderlichen und vorhandenen Heimplätzen.....	14
7	Gesundheitszustand der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner .....	15
7.1	Einteilung nach BESA Stufen .....	15
7.2	Psychogeriatrische Probleme .....	18
8	Infrastruktur .....	20
9	Neue Wohnformen .....	21
9.1	Altersgerechte Wohnung .....	22
9.2	Alterswohn- und -lebensgemeinschaft .....	22
9.3	Familienpflege.....	22
9.4	Pflegewohnung .....	22
9.5	Seniorenhotel .....	23
9.6	Betreutes Wohnen .....	23
9.7	Bedarfsberechnungen .....	23
10	Zusammenfassung.....	26
10.1	Bevölkerungsprognose.....	26
10.2	Heimbewohnerinnen und -bewohner .....	26
10.3	Bedarf an Heimplätzen .....	26
10.4	Gesundheitszustand der Heimbewohnerinnen und -bewohner .....	26
10.5	Infrastruktur in den Heimen.....	26
10.6	Neue Wohnformen .....	27
11	Empfehlungen und Massnahmen .....	27
12	Tabellen .....	29
13	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....	32



## **1 Einleitung**

Seit 1978 wird die Planung für den Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen in der Stadt St.Gallen alle fünf Jahre überprüft. Der letzte Bericht vom Mai 1999 enthielt verschiedene Berechnungen für Alters- und Pflegeheime getrennt und für alle Heime zusammen, wie es das kantonale Sozialhilfegesetz und das eidgenössische Krankenversicherungsgesetz vorsehen.

Nach den damaligen Bedarfsrechnungen im Jahre 1999 stellte man fest, dass bis zum Jahr 2010 keine neuen Heimplätze benötigt werden.

Im Bericht vom Mai 1999 wurde angeregt, das Zentralregister Pflegeheime neu zu gestalten, damit alle in einem Heim angemeldeten Personen der Stadt erfasst werden können. Eine Arbeitsgruppe hat dieses Begehren aufgenommen und einen Vorschlag für eine neue Regelung ausgearbeitet.

Nach Überarbeitung des Zentralregisters wurde dessen Führung am 1. Februar 2003 von der Regionalstelle der Pro Senectute auf die Verwaltung der Sozialen Dienste übertragen. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass das neue Meldesystem, in welchem neuerdings die Alters- und Pflegeheime sowie die durchlässigen Heime erfasst werden, von den Verantwortlichen in den Heimen als zu kompliziert angesehen wurde. Es muss eine Vereinfachung des Zentralregisters angestrebt werden.

Mit Inkrafttreten des Sozialhilfegesetzes ab 1. Januar 1999 wurde die Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden neu geregelt. Damit zog sich der Kanton aus der Finanzierung von Alters- und Pflegeheimen zurück. Die Gemeinden sind nun allein dafür zuständig. Die Stadt St.Gallen erliess denn auch gestützt auf Art. 28 SHG Richtlinien für die städtischen Leistungen zu Gunsten von Einrichtungen zur Betreuung und Pflege von Betagten. Danach kann die Stadt insbesondere den Bau, Um- und Ausbau sowie die Ausstattung von Alters- und Pflegeheimen mit Baubeiträgen unterstützen. Daneben besteht die Möglichkeit, alternative Wohnformen mittels Starthilfebeiträgen zu subventionieren.

Dem Kanton obliegt gemäss dem Sozialhilfegesetz die Bewilligungs- und Aufsichtspflicht von privaten Alters- und Pflegeheimen. Zudem ist er für die Qualität aller Alters- und Pflegeheime im Kanton St.Gallen zuständig. Der Kanton setzte in diesem Zusammenhang im Jahre 2004 eine neue Verordnung über die privaten Betagten- und Pflegeheime und gestützt darauf Richtlinien über die interne Aufsicht sowie das Betriebskonzept von privaten Betagten- und Pflegeheimen in Kraft. Laut Sozialhilfegesetz muss im Weiteren das Departement des Innern des Kantons St.Gallen in Verbindung mit der Bedarfsplanung Bedarfsrichtwerte festlegen.

Da der Bedarf an neuen Wohnformen für Senioren und Seniorinnen schwer abzuschätzen ist, erteilte die Stadt St.Gallen der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit (FHS) einen Auftrag für eine Projektarbeit. Die Analyse „Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten zehn Jahre“ wurde von vier Studenten erarbeitet und am 11. Juni 2004 der Verwaltung der Sozialen Dienste übergeben. Dieser Bericht wurde von der Arbeitsgruppe Stationäre Altershilfe beurteilt und ein Massnahmenkatalog erstellt.



Mit den Auswertungen der Resultate der Volkszählung im Jahr 2000 sowie der Bevölkerungsprognose für die Stadt St.Gallen kam der Bund nur langsam voran, weshalb die Ergebnisse für die Stadt St.Gallen, welche unter anderem als Grundlage für die vorliegende Bedarfsplanung dienen, erst seit kurzem bekannt sind.

Um die Heimleitungen nicht unnötig mit zusätzlichen Erhebungen zu belasten, werden in diesem Bericht einerseits Erhebungen vom Kanton und andererseits eigene Abklärungen verwendet. Der Nachteil, dass die verschiedenen Erhebungen nicht den gleichen Stichtag haben, sollten die Aussagen nicht wesentlich beeinträchtigen.

Im vorliegenden Bericht sollen die früheren Prognosen überprüft werden und Aussagen über den Bedarf für die Periode von 2005 bis 2015 gemacht werden.

## **2 Vorgehensweise und Rahmenbedingungen**

Nach Möglichkeit wurden ähnliche Erhebungen gemacht wie für die früheren städtischen Berichte über die Bedarfsplanung, um Vergleichsmöglichkeiten zu erhalten. Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen wird der Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen nicht mehr getrennt berechnet. Es wird nur noch eine Prognose für alle Heimplätze erstellt. Da andere Städte und Regionen grösstenteils keine Richtzahlen mehr verwenden, ist es nicht möglich, eine Prognose nach der so genannten Richtwertmethode zu erstellen. Die vorliegenden Berechnungen können aber mit der aktuellen Bettenzahl in verschiedenen Städten verglichen werden.

Das zukünftige Angebot an Heimplätzen soll so festgelegt werden, dass allen „heimbedürftigen“ Einwohner und Einwohnerinnen mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen ein Heimplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich für Pflege- und Betreuungsbedürftige eine durchschnittliche Wartezeit von zwei Monaten sowie für die so genannten Pensionäre und Pensionärinnen (weitgehend selbständige Personen) eine solche von sechs bis zwölf Monaten bewährt hat. Selbstverständlich sind solche Berechnungen Durchschnittswerte für die ganze Stadt. Im Einzelfall und bei den einzelnen Heimen kann es grössere Abweichungen geben. Im aktuellen städtischen Zentralregister wird bei einer Heimanmeldung zwischen Betreuungs- und Pflegeplatz und Pensionsplatz unterschieden. Danach meldet sich für einen Betreuungs- und Pflegeplatz an, wer über eine eingeschränkte Selbstständigkeit verfügt. Für einen Pensionsplatz muss die Person weitgehend selbständig sein.



### **3 Grundlagen**

#### **3.1 Planungsgrundlagen**

- Der Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen in der Stadt St.Gallen, Planung 2005; Bericht vom Mai 1999; Verwaltung der Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen, Konferenz für Alters- und Behindertenfragen
- Jahreserhebung vom 30. Juni 2002 für Alters- und Pflegeheime; Fragebogen Verband St.Gallische Betagten- und Pflegeheime (VBP), santésuisse, Amt für Soziales des Kantons St.Gallen
- Erhebung betreffend Heimplätze in der Stadt St.Gallen vom 31. Dezember 2002 durch die Verwaltung der Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen
- Umfrage in den Alters- und Pflegeheimen der Ostschweiz vom 31. Dezember 2002 durch die Verwaltung der Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen
- Ständige Wohnbevölkerung der Stadt St.Gallen am 31. Dezember; Prognose nach dem Szenario „Trend“ (AT-00-2002) des Bundesamtes für Statistik
- Statistisches Jahrbuch 2002 der Stadt St.Gallen
- Auswertung des städtischen Zentralregisters Heime per Ende Januar 2004
- Betreuungs- und Wohnformen für Betagte; Studie der Projektgruppe vom 28. Oktober 1997; Verwaltung der Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen
- Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten 10 Jahre; Projektarbeit an der Hochschule für Wirtschaft, Technik und Soziale Arbeit (FHS) vom 11. Juni 2004

#### **3.2 Rechtliche Grundlagen**

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (abgekürzt: KVG), SR 832.10
- Sozialhilfegesetz des Kantons St.Gallen (abgekürzt: SHG), sGS 381.1
- Verordnung über die privaten Betagten- und Pflegeheime des Kantons St.Gallen (sGS 381.18)
- Richtlinien über die interne Aufsicht in privaten Betagten- und Pflegeheimen des Kantons St.Gallen
- Richtlinien über das Betriebskonzept von privaten Betagten- und Pflegeheimen des Kantons St.Gallen
- Richtlinien für die städtischen Leistungen zu Gunsten von Einrichtungen zur Betreuung und Pflege von Betagten



### 3.3 Bisherige Entwicklung

Abbildung 1 gibt Auskunft über die zahlenmässige Entwicklung der Bevölkerung der Stadt St.Gallen und den Anteil der Betagten. In den letzten zehn Jahren ist der Betagtenanteil zahlenmässig und anteilmässig auffallend stabil geblieben.

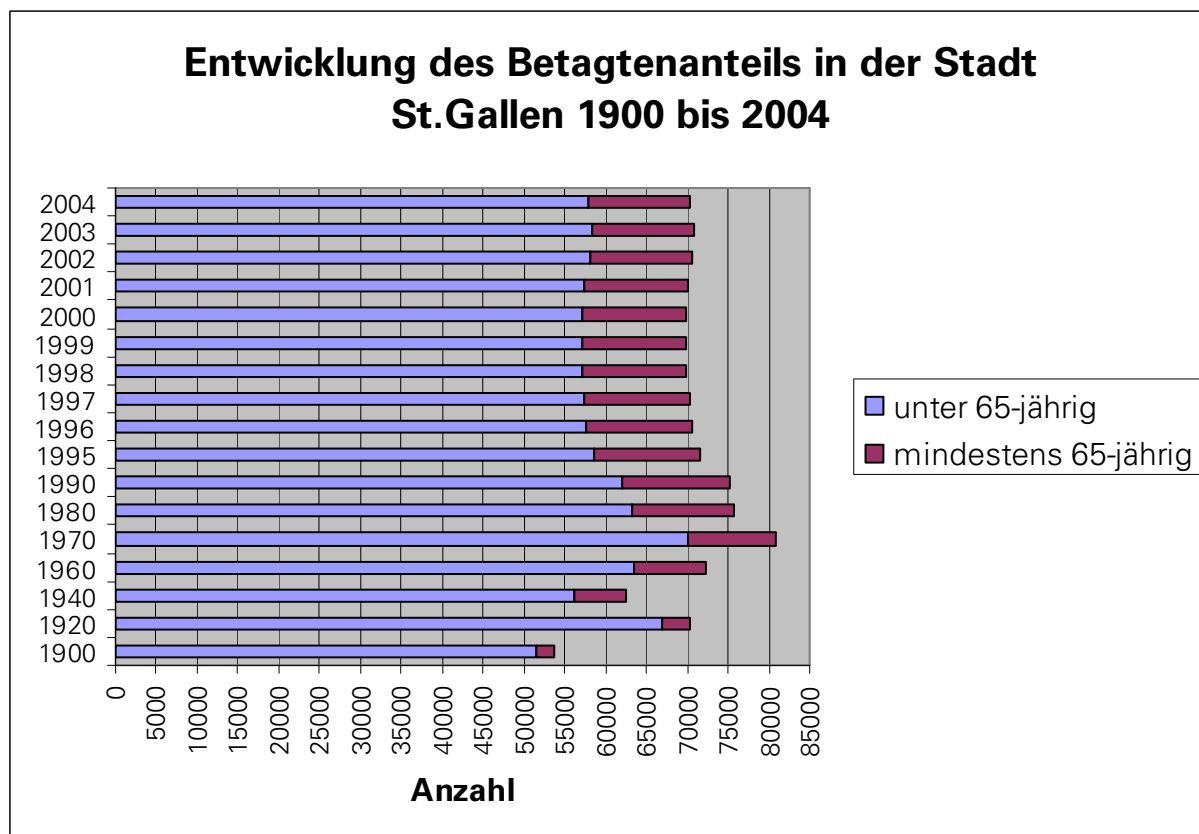


Abbildung 1

siehe Tabelle 1 im Anhang 1



Tabelle 2 zeigt die Bevölkerung der Stadt St.Gallen nach Altersgruppen seit 1983. Die wichtige Gruppe der über 80-Jährigen hat zugenommen.

<b>Altersgruppe</b>	<b>01.01.83</b>	<b>01.01.88</b>	<b>01.01.93</b>	<b>01.01.98</b>	<b>01.01.03</b>
60- bis 64-Jährige	3'821	3'714	3'605	3'451	3'564
65- bis 69-Jährige	3'377	3'459	3'396	3'183	3'069
70- bis 74-Jährige	3'469	3'035	3'119	3'042	2'842
75- bis 79-Jährige	2'647	2'873	2'558	2'650	2'657
Zwischentotal mindestens 65-Jährige	9'493	9'367	9'073	8'875	8'568
80- bis 84-Jährige	1'692	1'951	2'178	1'917	2'028
85- bis 89-Jährige	890	951	1'174	1'323	1'221
90- bis 94-Jährige	277	331	412	509	568
über 95-Jährige	54	76	107	101	124
Zwischentotal mindestens 80-Jährige	2'903	3'309	3'871	3'850	3'941
<b>Total mindestens 65-Jährige</b>	<b>12'396</b>	<b>12'676</b>	<b>12'944</b>	<b>12'725</b>	<b>12'509</b>

### 3.4 Vergleich mit der Bevölkerungsstruktur des Kantons St.Gallen

Die Bevölkerungsstruktur für den Kanton St.Gallen wurde erst seit 1981 erfasst. Der Anteil der mindestens 65-Jährigen im Kanton St.Gallen variiert von 1981 bis 2004 zwischen rund 14 % und 15 %. Der Anteil der älteren Bevölkerung in der Stadt St.Gallen liegt somit über dem kantonalen Durchschnitt. Er wird während dieser Zeit zwischen rund 16 % und 18 % beziffert.

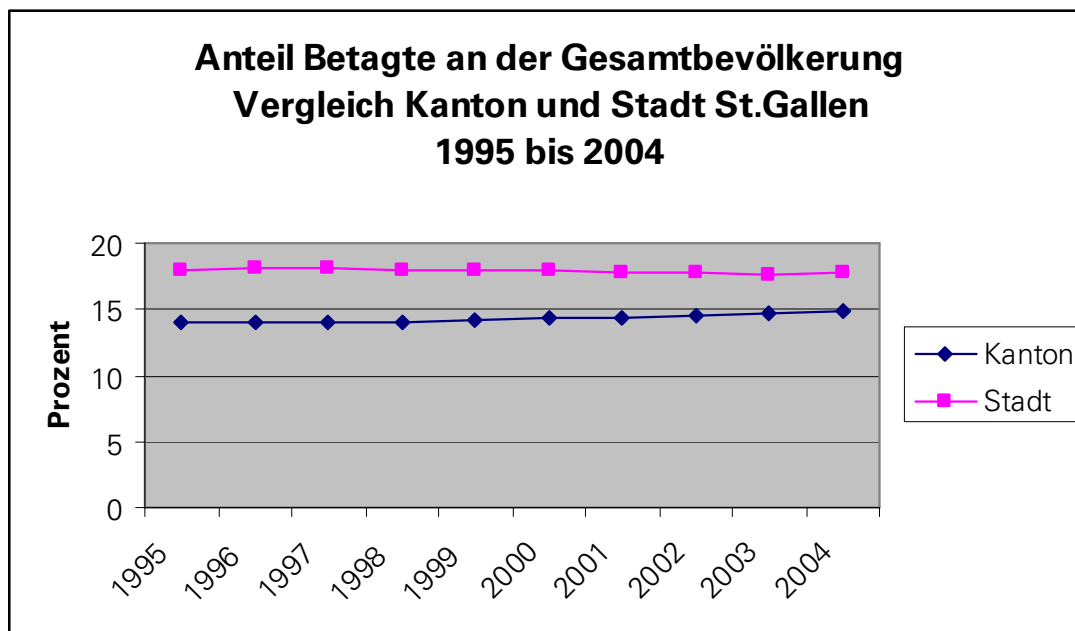


Abbildung 2

siehe Tabellen 1 und 3 im Anhang 1



### 3.5 Zukünftige Entwicklung

Für die Bevölkerungsprognose der Stadt St.Gallen wird eine Expertise des Bundesamtes für Statistik nach dem Szenario „Trend“ (AT-00-2002) verwendet. Beim Szenario „Trend“, das als Grundszenario dient, werden die im Laufe der letzten Jahre beobachteten und zukünftigen Entwicklungen in Bezug auf die Geburtenzahlen, die Sterblichkeit, die Lebenserwartung von Männern und Frauen sowie die Einwanderung von ausländischen Personen insbesondere in der Stadt St.Gallen in der Prognose berücksichtigt. Die in den vorangegangenen Berichten über die Bedarfsplanung verwendeten Bevölkerungsprognosen, welche durch die städtische Wirtschaftsförderung ermittelt wurden, sagten eine grössere Zunahme der betagten Bevölkerung voraus als die jetzt vorliegende.

Abbildung 3 zeigt die Prognose nach Altersgruppen. Die Gruppe der 80-Jährigen und Älteren sollte also bis 2020 nicht weiter ansteigen.

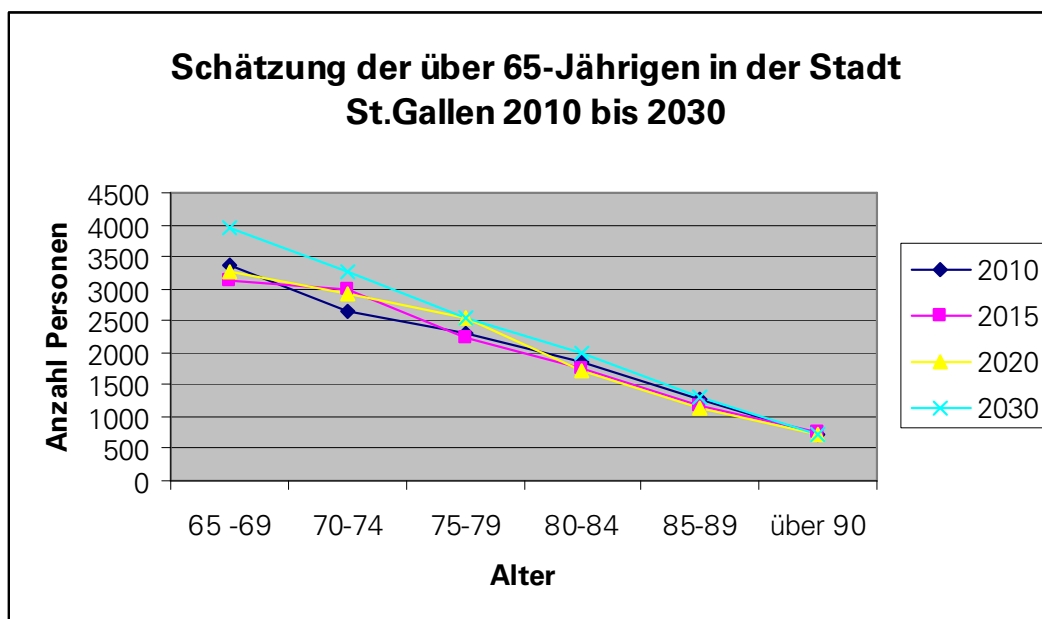


Abbildung 3

siehe Tabelle 4 im Anhang 1





In Abbildung 4 sind die beiden Prognosen für das Jahr 2010 einander gegenüber gestellt. Die Abweichungen sind erheblich. Der Bedarf an zukünftigen Heimplätzen wird durch die neue Prognose vermindert.

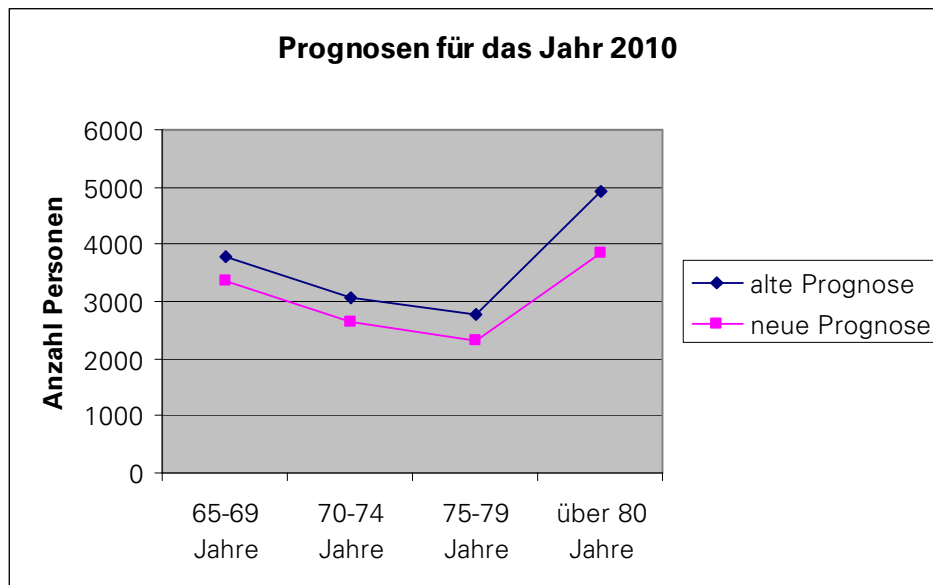


Abbildung 4

siehe Tabelle 5 im Anhang 1

In Abbildung 5 sind die beiden Prognosen für das Jahr 2020 einander gegenüber gestellt. Die Abweichungen sind erheblich. Der Bedarf an zukünftigen Heimplätzen wird durch die neue Prognose vermindert.

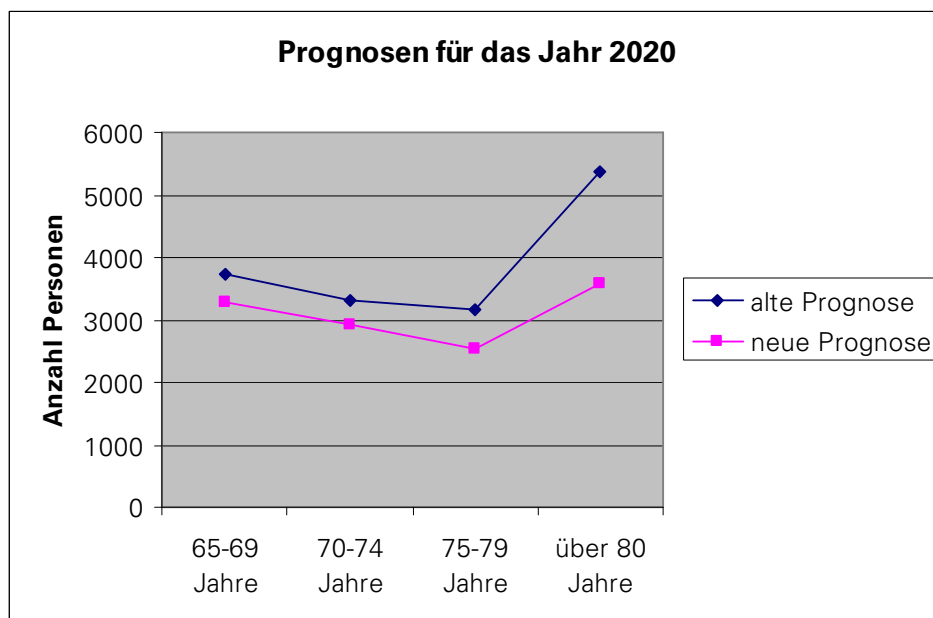


Abbildung 5

siehe Tabelle 5 im Anhang 1



Abbildung 6 zeigt den Zuwachs pro Altersgruppe in Zahlen der Gesamtbevölkerung der Stadt St.Gallen. Seit 1990 hat sich der Zuwachs insgesamt eindeutig abgeschwächt.

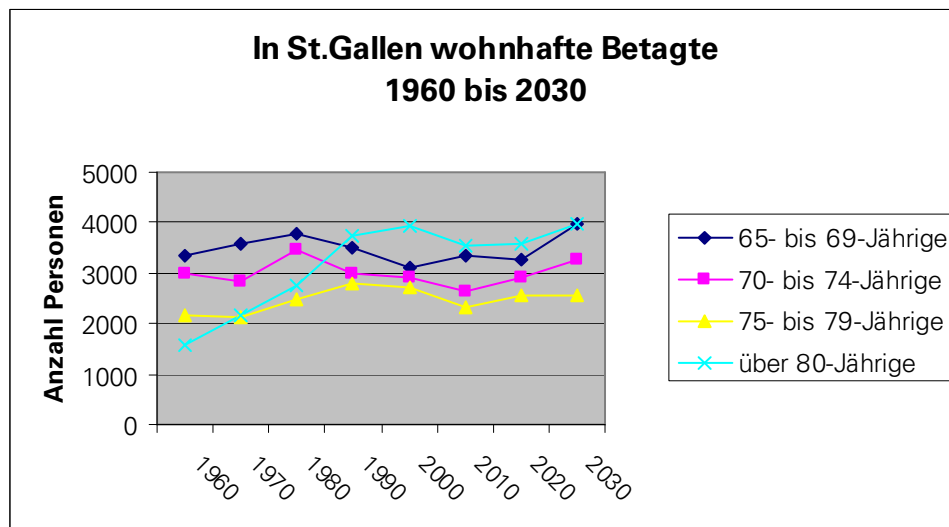


Abbildung 6

siehe Tabelle 6a im Anhang

#### 4 Zusammensetzung der Heimbewohner und -bewohnerinnen in der Stadt St.Gallen

Tabelle 7 zeigt die Heimbewohner und -bewohnerinnen am Stichtag nach Geschlecht und früherem Wohnort. Die Heimbewohnerinnen und -bewohner, welche früher nicht in der Stadt St.Gallen wohnten, wurden in Tabelle 8 aufgeführt. Es zeigt sich, dass gewisse Gemeinden in der Umgebung von St.Gallen eine grössere Anzahl von Personen in den Alters- und Pflegeheimen in der Stadt St.Gallen untergebracht haben. Auswärtige Gemeinden wie Mörschwil, Muolen, Häggenschwil und Wittenbach haben sich an den Baukosten für Pflegeheimplätze in der Stadt St.Gallen beteiligt. Die sich darauf stützenden Verträge wurden im Jahre 1980 abgeschlossen und sind befristet bis 2005 gültig. Andere Gemeinden verfügen nicht über solche Abmachungen.

Tabelle 7 Heimbewohner und -bewohnerinnen nach Wohnort und Geschlecht (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag: 30.06.2002)

	Männer		Frauen		Total	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
vor Heimeintritt in der Stadt St.Gallen wohnhaft	223	17	894	69	1'117	86
vor Heimeintritt nicht in der Stadt St.Gallen wohnhaft	51	4	127	10	178	14
<b>Total</b>	<b>274</b>	<b>21</b>	<b>1'021</b>	<b>79</b>	<b>1'295</b>	<b>100</b>



Tabelle 8 Herkunft der Heimbewohnerinnen und -bewohner, welche vor Heimeintritt nicht in der Stadt St.Gallen wohnten (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag: 30.06.2002)

Region St.Gallen		
- Andwil	2	
- Degersheim	2	
- Eggersriet	1	
- Flawil	4	
- Gaiserwald	23	
- Gossau	13	
- Mörschwil	10	
- Muolen	1	
- Untereggen	1	
- Waldkirch	3	
- Wittenbach	12	
- Kronbühl	12	84
übriger Kanton St.Gallen		35
Kanton Appenzell-Ausserrhoden		16
Kanton Thurgau		15
übrige Schweiz		28
<b>Total</b>		<b>178</b>

Abbildung 7 zeigt die Altersverteilung der Heimbewohner und -bewohnerinnen in der Stadt St.Gallen im Vergleich zu 1998. Die Gesamtzahl hat abgenommen. Altersmässig zeigt sich eine Verschiebung zu den 80-Jährigen und Älteren.

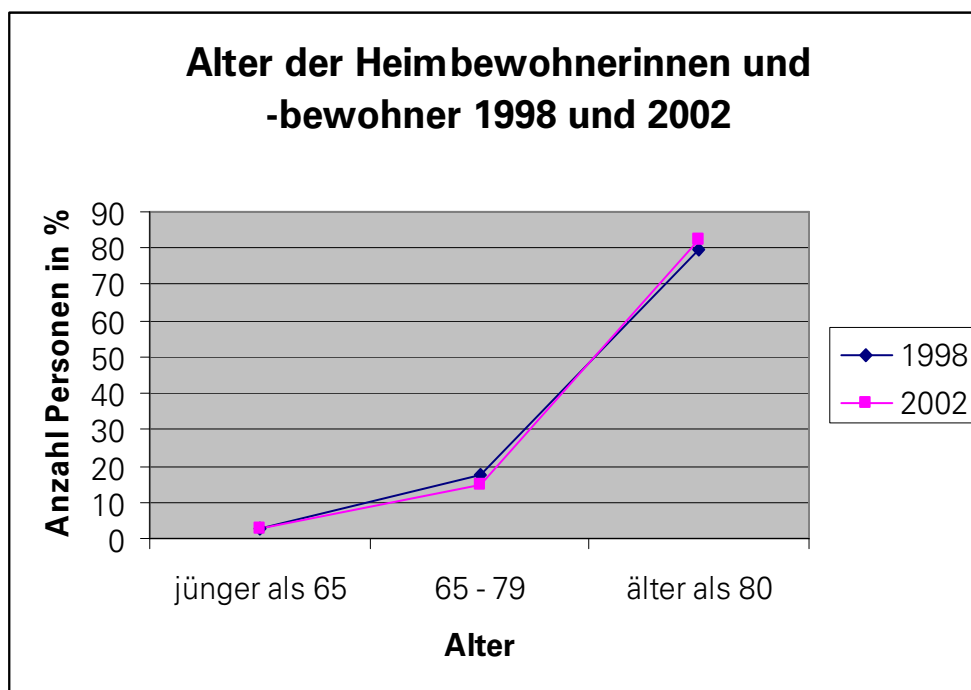


Abbildung 7  
siehe Tabelle 9 im Anhang



## 5 Bedarf an Heimplätzen

In Tabelle 10 sind die effektiven Zahlen der „heimbedürftigen“ Personen zusammengestellt. Eine Umfrage im Jahr 2002 hat gezeigt, dass 84 Heime in den Kantonen St.Gallen, Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Ausserrhoden und Thurgau ehemalige Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt St.Gallen aufgenommen hatten. Dabei zeigte sich, <sup>Word 2003.lnk</sup> dass in 25 Heimen 80 ehemalige Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt St.Gallen beherbergt wurden. In drei Heimen wohnten 43 Personen (Lindenbühl Trogen 17, Eggfeld Wil 11, Tertium Gerbhof und Weiher Gossau 15); in den anderen 22 Heimen lebten total 37 Personen. Ein Teil der auswärtigen Heimaufenthalte sind möglicherweise darauf zurückzuführen, dass einerseits die Aufnahmekapazitäten der Heime in der Stadt St.Gallen nicht immer vorhanden waren und andererseits auf Grund des Druckes der Krankenversicherer auf die Spitäler Lösungen gefunden werden mussten. Im Weiteren könnten der Wunsch nach einem bestimmten Zimmer sowie die Lage eines bestimmten Heimes, verwandtschaftliche Beziehungen oder andere Umstände mögliche Ursachen sein, in ein auswärtiges Heim einzutreten.

Es ist im Moment schwierig, vom Zentralregister aussagekräftige Angaben über die Angemeldeten in den Heimen zu erhalten. Aus Angst, im Notfall keinen Platz zu finden, melden sich immer wieder Personen als Eintrittswillige an, welche erst später oder überhaupt nie einen Platz benötigen. Bei den 390 beim Zentralregister gemeldeten Personen wurde deshalb folgendes Vorgehen angewandt: Bei den Betreuungs- und Pflegeplätzen wurden nur diejenigen, welche frühestmöglich eintreten wollen und bei den Pensionsplätzen nur die Hälfte der Eintrittswilligen gerechnet.

Tabelle 10 Bedarf an Heimplätzen für die Stadt St.Gallen

	1988	1993	1998	2003
belegte Heimplätze in der Stadt St.Gallen	1'277	1'293	1'304	1'294
in auswärtigen Heimen untergebrachte Personen	52	65	67	80
in Heimen der Stadt St.Gallen angemeldete Personen	162	145	56	186
Zwischentotal	1'491	1'503	1'427	1'560
früher nicht in der Stadt St.Gallen wohnhaft gewesene Personen in den Heimen der Stadt	135	150	131	178
<b>Total Heimbedürftige aus der Stadt St.Gallen</b>	<b>1'356</b>	<b>1'353</b>	<b>1'296</b>	<b>1'382</b>

## 6 Bedarfsberechnungen

Der Bedarf an Heimplätzen wird meistens in Prozent der mindestens 80-Jährigen einer Bevölkerungsgruppe angegeben. In Tabelle 11 sind einige dieser Werte zusammengestellt, wobei es sich meistens um Prozentzahlen handelt, welche aus dem Verhältnis zwischen den zur Verfügung stehenden Betten zur Einwohnerzahl der mindestens 80-Jährigen errechnet wurden.

Die Stadt St.Gallen hat einen Bedarf von 1'382 Plätzen (Tabelle 10) für Personen aus der Stadt St.Gallen, welche mindestens 80-jährig sind (3'941 gemäss Tabelle 2). Das ergibt einen Prozentsatz von 35. Würde man diejenigen Heimbewohnerinnen und -bewohner dazu-



zählen, welche früher nicht in der Stadt St.Gallen wohnten, käme man auf einen Wert von 40 %.

Tabelle 11 Bedarfswerte einiger Städte und des Kantons St.Gallen

Stadt/Kanton	Anzahl Betten für mindestens 80-Jährige
Stadt Zürich	29.0 %
Basel Stadt	23.0 %
Stadt Winterthur	23.3 %
Kanton St.Gallen	29.0 %
Stadt St.Gallen	35.0 % / 40.0 %

In Tabelle 12 sind die Bedarfswerte bis zum Jahr 2030 errechnet. Da nach der Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Statistik die Anzahl der mindestens 80-Jährigen nicht weiter steigt, ist es nicht erstaunlich, dass der Bedarf nicht weiter zunimmt.

Tabelle 12 Bedarf an Heimplätzen bei verschiedenen Prozent Zahlen der mindestens 80-Jährigen von 2010 bis 2030 (Zahlen aus Tabellen 3 und 9)

	Bedarf an Heimplätzen			
	2010	2015	2020	2030
23 %	885	849	823	914
29 %	1'115	1'070	1'038	1'153
35 %	1'346	1'292	1'253	1'391
40 %	1'539	1'476	1'432	1'590

## 6.1 Angebot an Heimplätzen

Tabelle 13 zeigt das Angebot an Heimplätzen am 31. Dezember 2002. Die Bettenbelegung betrug zu diesem Zeitpunkt 97.2 %, was zeigt, dass die Heime aus wirtschaftlichen Gründen eine Vollbelegung anstreben. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Heimplätze hat sich seit 1999 um 25 Plätze verringert. Das zukünftige Angebot ist zur Zeit nicht ganz einfach abzuschätzen. Im Alters- und Pflegeheim Marienheim gehen durch den Umbau 14 Heimplätze verloren, das Altersheim Rotmonten soll um 15 Plätze erweitert werden, im Betagtenheim Halden sollen 35 neue Plätze geschaffen werden, im Alters- und Pflegeheim Notkerianum vermindert sich die Anzahl um vier, im Pflegeheim St.Otmar um zwei Plätze. Die Ausbaupläne des Betagtenheims Marthaheim sind noch unklar. Es wird im Marthaheim mit einer Zunahme von 43 auf rund 60 Plätze gerechnet. Wenn alle Ausbaupläne in den Heimen verwirklicht würden, müssten in Zukunft 47 Plätze mehr zur Verfügung stehen. Da die geplanten Erweiterungen in den Heimen erst noch realisiert werden müssen, werden die 47 Heimplätze nicht in der Bedarfsberechnung berücksichtigt.

In Tabelle 13 sind die Ein- und Austritte im Jahr 2002 angeführt. Die daraus errechnete mittlere Aufenthaltsdauer in den Heimen beträgt 3,1 Jahre. Interessant ist, dass diese von einem Heim zum anderen sehr unterschiedlich ist. Eigentliche Pflegeheime haben eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von unter zwei Jahren, weil viele schwer Kranke aufgenom-



men werden, welche eine niedrigere Lebenserwartung haben. In diesem Heimen ist folglich die Aufnahmekapazität grösser.

Tabelle 13 Anzahl Plätze, Belegung am 31. Dezember 2002, Ein- und Austritte im Jahr 2002, errechnete Aufenthaltsdauer

Name des Heimes	31.12.2002		2002		durchschnittl. Aufenthalt in Jahren
	Anzahl Betten	belegte Betten	Eintritte	Austritte	
Blinden Alters- und Pflegeheim	62	57	12	14	4.4
Bruggen, Evang. Pflegeheim	100	96	52	53	1.8
Bürgerspital, Altersheim	55	52	11	11	5.0
Bürgerspital, Pflegeheim	80	78	55	57	1.4
Halden, Betagtenheim	60	60	8	12	5.0
Heiligkreuz, Evang. Pflegeheim	75	73	55	51	1.4
Hof Riedern, Alters- und Pflegeheim	21	18	5	2	10.5
Josefshaus, Pflege- und Betagtenheim	71	71	15	14	5.0
Kursana Residenz, Spisertor, Alters- und Pflegeheim	60	57	11	11	5.4
Lindenhof, Alters- und Pflegeheim	102	101	17	25	4.0
Marienheim, Alters- und Pflegeheim	104	100	20	23	4.5
Marthaheim, Betagtenheim	43	40	9	11	3.9
Notkerianum, Alters- und Pflegeheim	80	80	27	28	2.8
Raphael, Alterswohnheim	15	15	4	4	3.7
Riedererholz, Wohnheim für Betagte	26	24	4	5	5.2
Rotmonten, Altersheim	51	49	9	9	5.6
Singenberg, Seniorenwohnsitz	60	60	9	8	7.5
Sömmerli, Altersheime	128	126	29	31	4.1
St.Otmar, Pflegeheim	82	81	49	51	1.6
Wienerberg, Wohn- und Pflegehaus	62	62	14	11	5.6
<b>Total</b>	<b>1'337</b>	<b>1'300</b>	<b>415</b>	<b>431</b>	<b>3.1</b>

## 6.2 Gegenüberstellung von erforderlichen und vorhandenen Heimplätzen

Tabelle 14 zeigt den Überschuss respektive das Manko an Heimplätzen bis ins Jahr 2030. Rechnet man mit den Zahlen für die Stadt St.Gallen (35 %), so wären bis ins Jahr 2020 keine neuen Plätze notwendig. Zählt man diejenigen Heimbewohner und -bewohnerinnen, welche früher nicht in der Stadt wohnten dazu, wären ungefähr 5% mehr Plätze erforderlich. Diese Prognosen sind vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die vorgenommenen Korrekturen an den Zahlen des Zentralregisters realistisch sind und die Bevölkerungsprognose sich bewahrheitet.

Tabelle 14 Fehlende (-) bzw. überschüssige (+) Plätze nach verschiedenen Berechnungsmethoden aus Tabelle 12 und 13

Prozentsatz	2010	2015	2020	2030
23 %	+ 452	+ 488	+ 514	+ 423
29 %	+ 222	+ 267	+ 299	+ 184
35 %	- 9	+ 45	+ 84	- 54
40 %	- 202	- 139	- 95	- 353



## 7 Gesundheitszustand der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner

### 7.1 Einteilung nach BESA Stufen<sup>1</sup>

Der Schweregrad der Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit wird zur Zeit in so genannten BESA-Stufen festgestellt. Tabelle 15 zeigt die Anzahl Personen in den verschiedenen BESA-Stufen in den einzelnen Heimen. 489 oder 37 % der Heimbewohnerinnen und -bewohner sind als eigentliche Pensionäre zu bezeichnen. Sie benötigen keine oder nur sehr wenig Hilfe (BESA-Stufe 0 bis 1). 805 oder 62 % der Personen, welche in den Heimen untergebracht sind, sind leicht bis schwer pflegebedürftig. Gegenüber der Erhebung von 1999 können keine Verschiebungen in dieser Einteilung festgestellt werden.

Tabelle 15 Anzahl Personen nach BESA-Stufen (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag 30.06.2002)

Name des Heimes	0	1	2	3	4	Total
Blinden Alters- und Pflegeheim	17	13	10	14	7	61
Bruggen, Evang. Pflegeheim	9	10	17	35	25	96
Bürgerspital, Altersheim	26	14	10	1	0	51
Bürgerspital, Pflegeheim	0	0	15	17	40	72
Halden, Betagtenheim	24	10	7	2	16	59
Heiligkreuz, Evang. Pflegeheim	2	7	13	21	34	77
Hof Riedern, Alters- und Pflegeheim	1	2	5	2	8	18
Josefshaus, Pflege- und Betagtenheim	5	15	15	11	24	70
Kursana Residenz, Spisertor, Alters- und Pflegeheim	23	11	6	7	11	58
Lindenhof, Alters- und Pflegeheim	4	25	19	24	29	101
Marienheim, Alters- und Pflegeheim	14	23	25	16	23	101
Marthaheim, Betagtenheim	0	18	9	4	7	38
Notkerianum, Alters- und Pflegeheim	4	13	20	13	37	87
Raphael, Alterswohnheim	1	5	5	2	1	14
Riedererholz, Wohnheim für Betagte	0	15	5	3	2	25
Rotmonten, Altersheim	17	12	7	5	6	47
Singenberg, Seniorenwohnsitz	23	10	4	16	4	57
Sömmerli, Altersheime	58	23	22	16	5	124
St.Otmar, Pflegeheim	0	9	12	32	25	78
Wienerberg, Wohn- und Pflegehaus	15	11	8	13	13	60
<b>Total</b>	<b>243</b>	<b>246</b>	<b>234</b>	<b>254</b>	<b>317</b>	<b>1'294</b>
in %	18.8	19.0	18.0	19.6	24.5	100

<sup>1</sup> Bewohner und Bewohnerinnen-Einstufungs-Abrechnungssystem



Tabelle 16 zeigt die Prozentanteile in den verschiedenen Heimen. Die Anteile der Pflege- und Betreuungsbedürftigen in den einzelnen Heimen ist sehr unterschiedlich. Mit diesen Zahlen kann eine gewisse Einteilung der Heime nach ihrer Funktion vorgenommen werden. Sie sind in Tabelle 17 zusammen gefasst.

Tabelle 16 Prozentualer Anteil der BESA-Stufen (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag 30.06.2002)

<b>Name des Heimes</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
Blinden Alters- und Pflegeheim	27.9	21.3	16.4	23.0	11.5
Bruggen, Evang. Pflegeheim	9.4	10.4	17.7	36.5	26.0
Bürgerspital, Altersheim	51.0	27.5	19.6	2.0	0.0
Bürgerspital, Pflegeheim	0.0	0.0	20.8	23.6	55.6
Halden, Betagtenheim	40.0	16.9	11.9	3.4	27.1
Heiligkreuz, Evang. Pflegeheim	2.6	9.1	16.9	27.3	44.2
Hof Riedern, Alters- und Pflegeheim	5.6	11.1	27.8	11.1	44.4
Josefshaus, Pflege- und Betagtenheim	7.1	21.4	21.4	15.7	34.3
Kursana Residenz, Spisertor, Alters- und Pflegeheim	39.7	19.0	10.3	12.1	19.0
Lindenhof, Alters- und Pflegeheim	4.0	24.8	18.8	23.8	28.7
Marienheim, Alters- und Pflegeheim	13.9	22.8	24.8	15.8	22.8
Marthaheim, Betagtenheim	0.0	47.4	23.7	10.5	18.4
Notkerianum, Alters- und Pflegeheim	4.6	14.9	23.3	14.9	42.5
Raphael, Alterswohnheim	71.0	35.7	37.7	14.3	7.1
Riedererholz, Wohnheim für Betagte	0.0	60.0	20.0	12.0	8.0
Rotmonten, Altersheim	36.2	25.5	14.9	10.6	12.8
Singenberg, Seniorenwohnsitz	40.4	17.5	7.0	28.0	7.0
Sömmerli, Altersheime	46.8	18.5	17.7	12.9	4.0
St.Otmar, Pflegeheim	0.0	11.5	15.4	41.0	32.0
Wienerberg, Wohn- und Pflegehaus	25.0	18.3	13.3	21.7	21.7
<b>Durchschnitt</b>	<b>18.8</b>	<b>19.0</b>	<b>18.0</b>	<b>19.6</b>	<b>24.5</b>





Tabelle 17 Einteilung der Heime nach der Pflegebedürftigkeit der Heimbewohnerinnen und -bewohner

	<b>Anteil Bewohner und Bewohnerinnen in BESA-Stufe zwei bis vier in %</b>
<b>Eigentliche Pflegeheime</b>	
Pflegeheim Bürgerspital	100.0
Evang. Pflegeheim Heiligkreuz	88.4
Pflegeheim St.Otmar	88.4
Alters- und Pflegeheim Hof Riedern	83.3
Alters- und Pflegeheim Notkerianum	80.3
Evang. Pflegeheim Bruggen	80.0
<b>Sogenannte durchlässige Heime</b>	
Alters- und Pflegeheim Lindenhof	71.3
Alters- und Pflegeheim Josefshaus	71.1
Alters- und Pflegeheim Marienheim	63.4
Alterswohnheim Raphael	59.1
Wienerberg Wohn- und Pflegehaus	56.7
Blindenaltersheim	50.9
<b>Altersheime mit einem hohen Prozentsatz an Pflegebedürftigen</b>	
Betagtenheim Marthaheim	47.0
Betagtenheim Halden	42.4
Altersheim Singenberg	42.0
Kursana Residenz	41.4
Altersheim Riedererholz	40.0
<b>Vorwiegend Altersheime</b>	
Altersheim Rotmonten	23.4
Altersheim Bürgerspital	19.8
Altersheim Sömmerli	16.9

Bei dieser Zusammenstellung muss betont werden, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt. Der Grund der Pflegebedürftigkeit kann sich laufend ändern, je nach Gesundheitszustand der Bewohnerinnen und Bewohner. Das zeigt eindeutig das Beispiel des Alters- und Pflegeheims Hof Riedern. Das Heim ist klein (17 Plätze) und die Änderung des Gesundheitszustandes von wenigen Bewohnerinnen und Bewohnern kann ein ganz anderes Resultat zeigen.

Die Zusammenstellung in Tabelle 17 zeigt eine grosse Vielfalt der Heime, welche durchaus erwünscht ist, weil mit der Wahl des Heimes auf individuelle Bedürfnisse eingegangen werden kann.



Die eigentlichen Pflegeheime nehmen fast ausschliesslich Personen auf, die einen grösseren Pflegeaufwand benötigen. Eine grosse Anzahl von Seniorinnen und Senioren möchten so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden wohnen und nur im äussersten Notfall, bzw. bei schwerer Pflegebedürftigkeit in ein Heim eintreten. Sie werden deshalb in die eigentlichen Pflegeheime eintreten, vorausgesetzt, dass diese Heime über die notwendige Aufnahmekapazitäten verfügen.

In sogenannten durchlässigen Heimen treten häufig Leute ein, die am Anfang wenig pflegerische Betreuung benötigen. Sie haben aber die Gewissheit, dass sie später das Heim nicht mehr wechseln müssen, wenn sie vermehrt pflegebedürftig werden.

Wenn sich jemand durch die Anwesenheit von behinderten Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern gestört fühlt, wird sie respektive er eher in ein Altersheim eintreten, wobei ein Wechsel in ein Pflegeheim nicht ganz ausgeschlossen werden kann.

## 7.2 Psychogeriatrische Probleme

Die Einteilung nach BESA-Stufen gibt wohl Auskunft über den Grad der Pflegebedürftigkeit, nicht aber über die Art der Defizite. In der Umfrage vom 31. Dezember 2002 wurden deshalb Fragen bezüglich des sogenannten dementiellen Syndroms gestellt. Dieses geht mit dem Abbau der geistigen Fähigkeiten einher und ist eines der grössten Probleme in der Altersbetreuung. Die Alzheimer'sche Krankheit und die Arteriosklerose der Hirnarterien als Ursache der geistigen Abbauerscheinungen nehmen mit zunehmendem Alter an Häufigkeit zu.

Tabelle 18 zeigt, dass der prozentuale Anteil der Heimbewohner und Heimbewohnerinnen mit einem dementiellen Syndrom in den letzten Jahren nur leicht zugenommen hat. Mehr als die Hälfte (60 %) der sogenannten Betreuungs- und Pflegebedürftigen (BESA-Stufe 2 bis 4) waren im Jahr 2002 nicht mehr im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte. Die Symptome bei den 488 erfassten Patientinnen und Patienten sind ganz unterschiedlich: 373 sind örtlich desorientiert, 315 weisen eine zeitliche Desorientierung auf, 96 fallen durch Ungepflegtheit auf, 52 sind durch Weglaufen gefährdet, 54 stören den Betrieb durch Lärm und bei 40 Betroffenen kommt es zu Tätlichkeiten gegenüber Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern oder gegenüber dem Personal. Die Heime sind also in der Betreuung solcher Leute stark gefordert. Es erstaunt deshalb, dass nach Aussagen der Heimleitungen nur 35 Personen besser in einer Abteilung für so genannte Demente verlegt werden sollten. Scheinbar gelingt es durch die Verteilung der betroffenen Leute auf fast alle Heime in der Stadt St.Gallen, die Störungen in den einzelnen Heimen in Grenzen zu halten. Eine spezielle Abteilung für Demente mit 13 Plätzen gibt es bis jetzt nur im Alters- und Pflegeheim Josefshaus. Weitere solche Betreuungsmöglichkeiten sind geplant.

Diese Dementen-Abteilungen sind nicht ganz unumstritten. Vor allem wird von einer zu grossen Anzahl solcher Plätze gewarnt, weil sonst notgedrungen auch weniger auffällige Leute aufgenommen würden, was in einer geschlossenen Abteilung als nicht patientengerecht angesehen wird. Es muss auch berücksichtigt werden, dass solche Abteilungen oder Heime die Möglichkeiten bieten sollten, Notfälle aufzunehmen, gerade weil sich der Zustand solcher Patientinnen und Patienten sehr rasch verschlechtern kann. Das Thema „Dementen-Abteilung“ ist nicht nur eine Frage der betrieblichen Organisation, sondern es muss vor al-



lem sichergestellt werden, dass es den Betroffenen auf einer solchen Abteilung wirklich besser geht. Die Frage der Qualität der Betreuung solcher Patientinnen und Patienten in den Heimen der Stadt St.Gallen wird gegenwärtig durch eine Absolventin der Pflegewissenschaften in einer Masterarbeit abgeklärt.

Tabelle 18 Anteil der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner mit dementiellem Syndrom

	<b>1993</b>	<b>1998</b>	<b>2003</b>
Anzahl	472	439	488
in % aller Heimbewohner und Heimbewohnerinnen	36	34	38

Die Angaben über die Häufigkeit des dementiellen Syndroms und ihre Zunahme mit dem Alter sind sehr unterschiedlich. Es lässt sich aber immerhin abschätzen, wie viele Leute in der Stadt St.Gallen betroffen sind. Tabelle 19 gibt darüber Auskunft. Mit der Zunahme der mindestens 85-Jährigen hat sich die Anzahl seit 1985 erhöht. In den 90-er Jahren blieb sie stabil und wird sich aufgrund der zur Verfügung stehenden Bevölkerungsprognose voraussichtlich nicht weiter erhöhen. In diesen Zahlen sind natürlich auch leichte Fälle inbegriffen, bei denen die Krankheit trotz verbesserter Diagnosemöglichkeiten in den sogenannten Memory Kliniken nicht als solche erkannt wurde.

Tabelle 19 Berechnung der Anzahl Patientinnen und Patienten mit dementiellem Syndrom bezogen auf die Wohnbevölkerung der Stadt St.Gallen

		<b>Anzahl Betagte in der Stadt St.Gallen</b>				<b>Anzahl Patientinnen und Patienten mit dementiellem Syndrom</b>			
<b>Alter</b>	<b>Häufigkeit 2003</b>	<b>1985</b>	<b>1993</b>	<b>1998</b>	<b>2003</b>	<b>1985</b>	<b>1993</b>	<b>1998</b>	<b>2003</b>
65- bis 74-Jährige	2 %	6'631	6'515	6'225	5'911	133	130	125	118
75- bis 85-Jährige	10 %	4'610	4'706	4'567	4'685	461	470	457	468
mindestens 85-Jährige	25 %	1'330	1'693	1'933	1'913	333	423	483	478
<b>mindestens 65-Jährige Total</b>		<b>12'571</b>	<b>13'914</b>	<b>12'725</b>	<b>12'509</b>	<b>927</b>	<b>1'023</b>	<b>1'065</b>	<b>1'064</b>

Es interessiert natürlich, wo die über 1'000 Personen untergebracht sind. In Tabelle 20 wird versucht, mittels verschiedenen Instrumenten (siehe Fussnoten 1-6) soweit wie möglich den Aufenthaltsort ausfindig zu machen.



Tabelle 20 Aufenthaltsort der Patientinnen und Patienten mit dementiellem Syndrom

Aufenthaltsort	1985	1993	1997	2003
Psychiatrische Klinik	68 <sup>1</sup>	71 <sup>2</sup>	23 <sup>3</sup>	18
Heime in der Stadt <sup>4</sup>	395	477	418	492
Zu Hause oder in auswärtigen Heimen <sup>5</sup>	464	475	624	554
<b>Total</b>	<b>927</b>	<b>1'023</b>	<b>1'065</b>	<b>1'064</b>

Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind also zu Hause und werden von Angehörigen betreut. Bei fortgeschrittener Krankheit ist dies eine sehr schwere Aufgabe. Die Betreuenden benötigen unbedingt Hilfe von Aussen. In der Stadt St.Gallen gibt es eine Anlaufstelle bei der Pro Senectute Regionalstelle. Zudem existieren mindestens zwei Angehörigengruppen auf Stadtgebiet, in denen man Probleme besprechen kann. Koordiniert wird das Angebot durch die Alzheimergesellschaft. Leider sind die Möglichkeiten, Patientinnen und Patienten in Tages- und Nachheimen unterzubringen, nicht sehr zahlreich. Die Mitbeteiligung der Krankenversicherer an den Kosten ist in den meisten Fällen nicht gesichert, so dass die Benützung solcher Institutionen für viele Angehörige zu teuer ist. Die Anzahl benötigter Plätze in Tages- und Nachheimen sollte abgeklärt werden.

## 8 Infrastruktur

Die Infrastruktur in den Heimen wird laufend den Bedürfnissen angepasst. Es fehlen zur Zeit Erhebungen über die einzelnen Unterbringungsmöglichkeiten. Interessant ist aber das Angebot an Zimmern in den Heimen. Tabelle 21 gibt darüber Auskunft.

Tabelle 21 Bettenangebot in den Heimen der Stadt St.Gallen und Vergleich mit der Nachfrage der Angemeldeten

	Anzahl Zimmer	Anzahl Plätze	%	Wunsch bei Anmeldung in %
Einbettzimmer	822	822	61	77
Zweibettzimmer	227	368	28	20
Mehrbettzimmer	21	79	6	3
Wohnungen 1 Zimmer	32	32	2	
2 und mehr Zimmer	32	32	2	
<b>Total</b>		<b>1'337</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Theoretischer Wert nach Bedarfszahlen der Spitalplanung

<sup>2</sup> Theoretischer Wert nach Bedarfszahlen der Spitalplanung

<sup>3</sup> Effektive Anzahl vom 30. April 1998

<sup>4</sup> Resultate der Umfragen 1985, 1993, 1998 und 2002

<sup>5</sup> Errechneter Wert (Differenz)

<sup>6</sup> Prognosen aus Tabelle 19



61 % der angebotenen Plätze sind in Einbettzimmern. Bei den Zweibettzimmern sieht man, dass eine grosse Anzahl (86) nur von einer einzelnen Person bewohnt werden. Die Plätze in den Mehrbettzimmern befinden sich in den eigentlichen Pflegeheimen (Bürgerspital, Heiligkreuz, Bruggen und St.Otmar). In den letzten fünf Jahren haben sich durch die Herabsetzung der Bettenzahl pro Zimmer die Plätze in Mehrbettzimmern um 36 vermindert. Man hört immer wieder, dass Zimmer mit mehr als zwei Betten nicht mehr zeitgemäss seien. Es darf aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass diese Unterbringungsart kostengünstig ist. Zudem ist die Aktivierung und Überwachung in einer solchen Zimmergemeinschaft besser als in Einbettzimmern, was vor allem für demente Patientinnen und Patienten von Vorteil sein kann. Mit der Festsetzung des maximalen Tagessatzes bei den ausserordentlichen Ergänzungsleistungen besteht die Möglichkeit, dass die Nachfrage nach Mehrbettzimmern wieder ansteigen wird.

Laut Zentralregister ist die Nachfrage nach Einbettzimmern grösser als das gegenwärtige Angebot. Zwei- und Mehrbettzimmer sind scheinbar weniger beliebt.

## **9 Neue Wohnformen**

Schon im Bericht von 1994 (Der Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen; Planung 2000; Verwaltung der Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen, Konferenz für Alters- und Behindertenfragen) wurde darauf hingewiesen, dass die stationäre Altershilfe sich in Zukunft nicht nur auf Alters- und Pflegeheimplätze beschränken sondern auch neue Wohnformen in Betracht ziehen solle.

In der Folge ist eine Arbeitsgruppe „Betreuungs- und Wohnformen für Betagte“ der Frage nachgegangen und hat 1997 einen umfangreichen Bericht erstellt. Die einzelnen Wohnformen wurden im Bericht 1999 (Der Bedarf an Alters- und Pflegeheimplätzen in der Stadt St.Gallen; Planung 2005; Verwaltung der Sozialen Dienste der Stadt St.Gallen, Konferenz für Alters- und Behindertenfragen) beschrieben. In der Folge wurden verschiedene Versuche unternommen, solche Wohnformen in die Tat umzusetzen. Sie waren alle erfolglos. Da der Bedarf an solchen Wohnformen schwer abzuschätzen ist, wurde eine Projektarbeit an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit (HFS) in Auftrag gegeben. Der Bericht „Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen – Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten zehn Jahre“ liegt seit Juni 2004 vor.

Mittels Fragebogen wurden in einer Stichprobe 307 Frauen und 193 Männer zwischen 70 und 80 Jahren nach ihren zukünftigen Wünschen befragt. Der Rücklauf der Fragebogen war mit 50.2 % hoch. Die Fragen wurden abgestuft nach möglichen körperlichen, geistigen und sozialen Ressourcen gestellt, so dass die mögliche zukünftige Pflegebedürftigkeit mit berücksichtigt werden konnte. Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass die alten Menschen so lange wie möglich zu Hause wohnen möchten. Sie wechseln ihre Wohnform erst, wenn auf Grund ihrer körperlichen oder geistigen Ressourcen oder der mangelnden Unterstützung durch das Umfeld ein Verbleib in den eigenen vier Wänden nicht mehr möglich ist.

Es wurden folgende Wohnformen untersucht:



### 9.1 Altersgerechte Wohnung

Sie kommt für Menschen in Frage, welche wohl körperlich eingeschränkt sind, aber geistig emotionell die Verantwortung für ein eigenständiges Leben übernehmen können und über ein soziales Netz verfügen. Die Nachfrage ist steigend. Es besteht in der Stadt St.Gallen ein Unterangebot. Die Arbeitsgruppe „Behindertenfragen“ hat die Anforderungen an behindertengerechte Wohnungen definiert.

### 9.2 Alterswohn- und -lebensgemeinschaft

Sie ist eine freiwillige Wohn- und Hausgemeinschaft von Personen im Rentenalter. Ein hoher Grad an Anpassungsfähigkeit, Toleranz und Offenheit der Bewohner und Bewohnerinnen ist erforderlich. Die Erfahrungen zeigen, dass eine gewisse fachliche Betreuung von aussen notwendig ist. Obwohl das eine zweckmässig lebensbereichernde und kostengünstige Wohnform ist, ist das Interesse bei den Befragten sehr gering. Nur 2 % könnten sich eine solche Wohnform vorstellen, ganz im Gegensatz zu Erfahrungen an anderen Orten. Im Age Report 2004<sup>7</sup>, der Zahlen und Fakten zum Wohnen im Alter vorlegt, zeigte eine repräsentative Umfrage bei Menschen über 60 Jahren, dass für 11 % eine solche Wohnform denkbar wäre.

### 9.3 Familienpflege

Dies ist ein Betreuungsangebot für Pflegebedürftige bei nicht verwandten Einzelpersonen oder Familien. Diese Wohnform kommt für Leute mit wenig eigenen Ressourcen in Frage. Scheinbar kommt diese Unterbringungsmöglichkeit vor allem in ländlichen Gegenden vor. Die Bedürfnisanalyse zeigt, dass sie auch bei starken Einschränkungen nur etwa für 1 % der Befragten denkbar wäre. Ein Projekt des Schweizerischen Roten Kreuzes scheiterte an der geringen Nachfrage.

### 9.4 Pflegewohnung

Sie ist eine Wohneinheit mit hauswirtschaftlicher und pflegerischer Versorgung und eignet sich für Menschen mit geringen körperlichen, geistigen und sozialen Ressourcen. Sie bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern eine intime Atmosphäre. Die Bedürfnisabklärung zeigt, dass diese Wohnform einen erstaunlich tiefen Zuspruch erhält. Nur etwa 7 % der Menschen mit starken Einschränkungen würden eine solche Unterbringung begrüßen. Die Erfahrung an Orten mit solchen Institutionen zeigt eine grössere Akzeptanz. Im Age Report<sup>8</sup> haben 10 % mit „ja, denkbar“ geantwortet und 59 % mit „nur wenn nötig“.

---

<sup>7</sup> Age Report der Age Stiftung ist eine wissenschaftliche Studie zum Thema „Wohnen und Alter“

<sup>8</sup> Age Report der Age Stiftung ist eine wissenschaftliche Studie zum Thema „Wohnen und Alter“



## 9.5 Seniorenhotel

Es ist ein Hotel, welches seine Dienstleistungen auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet hat. Bei einem hohen Pflegeaufwand kann allerdings die Qualität zu kurz kommen, da der Schwerpunkt der Betreuung im Bereich der Hotellerie liegt. Diese Lösung ist für die Seniorinnen und Senioren mit hohen Kosten verbunden. Bei der Bedürfnisabklärung zeigt diese Institution eine hohe Akzeptanz. 30 % der Befragten könnten sich eine solche Wohnform vorstellen.

## 9.6 Betreutes Wohnen

Es sind selbständige aber zusammengefasste Wohneinheiten, die bezüglich Infrastruktur alters- und behindertengerecht sind und über ein zentral organisiertes Hilfe-, Betreuungs- und Pflegeangebot verfügen. Das Konzept betont primär das eigenständige Wohnen und bietet gleichzeitig individuell planbare Hilfe bis zu einem meist begrenzten Grad an. Diese Wohnform eignet sich entsprechend für Personen, die bei Eintritt einen hohen Grad an Selbständigkeit und Verantwortlichkeit oder einen betreuungsfähigen Partner haben. Die Wohnform verbindet fünf Hauptleistungen:

- Das Bedürfnis nach möglichst individuellem Wohnen in eigener Wohnung (Autonomie)
- Ein möglichst langes Selbsttätig-Sein-Können bezüglich Haushalt, Kochen und Lebensgestaltung (Autonomie)
- Individuell abrufbare und nach Bedarf gestaltete Betreuungs- und Pflegeleistung bei eintretender Hilfeabhängigkeit (Sicherheit)
- Möglichkeit, an den sozial-kulturellen Angeboten der Institution wahlweise teilzunehmen (gesellschaftliche Teilnahme)

Der Begriff des Betreuten Wohnens ist bisher nicht genau umschrieben und wird missverständlich angewendet.

Die Arbeitsgruppe „Stationäre Altershilfe“ der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen wird eine Definition für die Stadt St.Gallen erarbeiten. Dabei geht es vor allem darum, diese Institution deutlich von der „altersentsprechenden Wohnung“ abzugrenzen. Im Weiteren besteht Unklarheit darüber, wie die Pflegeleistung durch die Krankenversicherer abgegolten werden kann. Diese Wohnform geniesst unter den neuen Wohnformen die grösste Zustimmung, vor allem bei Menschen mit mittleren Einschränkungen. Denkbar sind solche Wohnformen vor allem in der Umgebung eines Heimes, welches über die notwendigen Mittel zur Hilfestellung verfügt. 12.3 % der Befragten, welche nicht in ein Heim eintreten möchten, haben diese Einrichtung bevorzugt.

## 9.7 Bedarfsberechnungen

Da in der Stadt St.Gallen keine neuen Wohnformen zur Verfügung stehen, muss angenommen werden, dass Personen mit mittleren und schweren Einschränkungen sich gegenwärtig in den Alters- und Pflegeheimen aufhalten. Die Bedarfsanalyse in der Projektarbeit unter-



scheidet zwischen Minimalanforderung und einem Bedarfspotential. Bei der Minimalanforderung werden Wünsche der Seniorinnen und Senioren nach neuen Wohnformen berücksichtigt, welche sich nicht vorstellen können, in einem Heim zu leben. Bei der Berechnung des Bedarfspotentials werden alle Ja-Stimmen für eine neue Wohnform mitberücksichtigt unter Abzug jener Stimmen, für welche ein Heimaufenthalt denkbar wäre.

In Tabelle 22 und 23 sind diese Bedarfsrechnungen angeführt.

Tabelle 22 Mindestanforderungen für Wohnformen im Alter aus „Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten 10 Jahre“, S. 74

<b>Wohnform</b>	<b>Ja-Stimmen (gleichzeitig „nein“ zum Altersheim)</b>	<b>Prozent</b>	<b>Indikator</b>
Altersgerechte Wohnung	21	8.5	0.12
Betreutes Wohnen	31	12.3	0.18
Alterswohngemeinschaft	1	0.5	0.01
Familienpflege	1	0.5	0.01
Pflegewohnung	5	2.0	0.03
Seniorenhotel	18	7.2	0.10
Altersheim	174	69.0	1.00
<b>Total</b>	<b>251</b>	<b>100.0</b>	

Tabelle 23 Bedarfspotential für Wohnformen im Alter aus „Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten 10 Jahre“, S. 76

<b>Wohnform</b>	<b>Ja-Stimmen (Eliminierung Doppelantworten)</b>	<b>Prozent</b>	<b>Indikator</b>
Altersgerechte Wohnung	38	15.0	0.38
Betreutes Wohnen	60	24.0	0.60
Alterswohngemeinschaft	2	1.0	0.02
Familienpflege	4	2.0	0.05
Pflegewohnung	10	4.0	0.10
Seniorenhotel	37	14.0	0.35
Altersheim	100	40.0	1.00
<b>Total</b>	<b>251</b>	<b>100.0</b>	

Für die zahlenmässige Erfassung muss von der Anzahl der Heimbedürftigen aus der Stadt St.Gallen ausgegangen werden: 1'382 Personen (Tabelle 10). Der Indikator gibt das Verhältnis zum Heim an. (Heim = 100 %). Daraus kann die Anzahl der notwendigen Plätze errechnet werden. Sie sind in Tabelle 24 zusammengefasst.





Tabelle 24 Errechnete Anzahl von Plätzen für neue Wohnformen (Minimalanforderung)

<b>Wohnform</b>	<b>Indikator</b>	<b>Anzahl Plätze</b>
Altersgerechte Wohnung	0.12	166
Betreutes Wohnen	0.18	249
Alterswohngemeinschaft	0.01	14
Familienpflege	0.01	14
Pflegewohnung	0.03	42
Seniorenhotel	0.10	138
<b>Total</b>		<b>623</b>

Die Zahlen zeigen eindeutig, dass der (Wunsch-)Bedarf eindeutig beim Betreuten Wohnen liegt und in geringerem Masse bei der Pflegewohnung. Dem Bedarf nach Plätzen in einem Seniorenhotel stehen 40 Plätze in der Kursana Residenz gegenüber.

Bei den errechneten 249 Plätzen für Betreutes Wohnen muss berücksichtigt werden, dass die bestehenden Wohnungen in verschiedenen Altersheimen und in der Kursana Residenz (zusammen 64 Plätze gem. Tabelle 21) als Betreutes Wohnen bezeichnet werden können. Es verbleibt also nach dieser Berechnung ein Bedarf von 185 Plätzen für Betreutes Wohnen oder 13 % der Heimplätze.

Werden diese realisiert, müssten auf der anderen Seite ebenso viele Heimplätze – vorwiegend Altersheimplätze – abgebaut werden. Falls keine Anstrengungen in diese Richtung unternommen werden, würden in mindestens zehn Jahren 185 Personen in einem Heim leben, die das ausdrücklich nicht wollen.

Der Wunschbedarf nach 42 Plätzen in einer Pflegewohnung darf nicht vernachlässigt werden, weil diese Wohnform für eine ganz andere Gruppe von pflege- und betreuungsbedürftigen Betagten ausgerichtet ist. Andernorts ist der Bedarf an einer solchen Unterbringung wesentlich höher.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in naher Zukunft mit dem Wunsch der Betroffenen nach Eigenständigkeit und Individualität neue Wohnformen angeboten werden sollten. Das betrifft vor allem Betreutes Wohnen und in geringerem Masse auch die Pflegewohnungen. Die Tendenz ist einerseits durch Expertenberichte (Betreuungs- und Wohnformen für Betagte, Studie der Projektgruppe vom 28. Oktober 1997) als auch durch die aktuelle Umfrage bei den Betroffenen (Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten 10 Jahre) gut dokumentiert.



## **10 Zusammenfassung**

### **10.1 Bevölkerungsprognose**

Der Anteil der mindestens 65-jährigen Personen an der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt St.Gallen ist mit 17 bis 18 % seit 1990 stabil geblieben. Der gleiche Anteil schwankt im Kanton St.Gallen zwischen 14 und 15 %.

Die neueste Expertise des Bundesamtes für Statistik prognostiziert, dass die Anzahl der 80-Jährigen und Älteren bis 2020 nicht mehr zunehmen wird.

### **10.2 Heimbewohnerinnen und -bewohner**

In den Alters- und Pflegeheimen der Stadt St.Gallen waren 1'295 Personen untergebracht, davon waren 21 % Männer und 79 % Frauen. 14 % aller Heimbewohnerinnen und Heimbewohner hatten ihren Wohnsitz vor dem Heimeintritt ausserhalb der Stadt St.Gallen.

### **10.3 Bedarf an Heimplätzen**

Der Bedarf an Heimplätzen errechnet sich in Prozent der Einwohner, welche 80-jährig und älter sind. In grösseren Städten der Deutschschweiz schwanken die Werte zwischen 23 und 29 %. Rechnet man die Anzahl der „Heimbedürftigen“ in der Stadt St.Gallen (1'382) auf die Anzahl der 80-Jährigen und Älteren um (2'941), kommt man zu einem Prozentsatz von 35 %. Die Anzahl der Heimplätze in der Stadt St.Gallen ist also vergleichsweise sehr hoch. Auch rechnerisch gibt es bis 2020 einen Überschuss. Weitere Plätze sind nicht nötig.

### **10.4 Gesundheitszustand der Heimbewohnerinnen und -bewohner**

37 % der Heimbewohnerinnen und -bewohner benötigen wenig Hilfe und können als eigentliche Pensionäre angesehen werden. Leicht bis schwer pflegebedürftig sind 63 % der Personen, welche in einem Heim untergebracht sind. Gegenüber 1999 sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Ein gewisses Problem bei der Betreuung sind die Menschen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind. 60 % der Pflegebedürftigen leiden an einem sogenannten dementiellen Syndrom, was hohe Anforderungen an die Betreuung erfordert. Mehr als die Hälfte dieser Personen lebt aber nach Berechnungen zu Hause und wird von Angehörigen betreut, die unbedingt unterstützt werden müssen.

### **10.5 Infrastruktur in den Heimen**

Es gibt zur Zeit wenig Angaben über die Infrastruktur der Heime, obwohl diese ständig erneuert werden. 61 % der angebotenen Plätze sind in Einbettzimmern und 28 % in Zweibettzimmern. In den eigentlichen Pflegeheimen gibt es immer noch Mehrbettzimmer, welche



allerdings in der Bettenzahl reduziert wurden. Diese kostengünstige Unterbringungsart hat für gewisse Patienten aber auch Vorteile.

## 10.6 Neue Wohnformen

Die Nachfrage nach Möglichkeiten, auch bei Pflegebedürftigkeit ausserhalb von Heimen zu wohnen, wird in Zukunft zunehmen. Eine Bedarfsabklärung zeigt, dass vor allem das Betreute Wohnen sehr gefragt sein könnte. In geringerem Masse trifft das auch für Pflegewohnungen zu. Aufgrund der Berechnung sollten bis in zehn Jahren ca. 180 Plätze für Betreutes Wohnen zur Verfügung stehen. Die Heime müssten zu diesem Zeitpunkt ihr Angebot an Alters- und Pflegeheimplätzen um diese Anzahl reduziert haben.

## 11 Empfehlungen und Massnahmen

Die Konferenz für Alters- und Behindertenfragen der Stadt St.Gallen sieht folgende Empfehlungen und Massnahmen vor:

- Eine Überprüfung der vorliegenden Untersuchung in fünf Jahren ist notwendig.
- Weitere Alters- und Pflegeheimplätze sind in den nächsten zehn Jahren nicht notwendig.
- Die Vielfalt der stationären Wohnformen soll unterstützt werden.
- Bei der Unterstützung von Umbauten in den bestehenden Heimen soll im Rahmen der rechtlichen Grundlagen darauf geachtet werden, dass die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner erhöht werden kann. Neben betrieblichen und baulichen Kriterien sind auch konzeptionelle Gesichtspunkte zu beachten.
- Das Zentralregister soll so gestaltet werden, dass es brauchbare Resultate liefert. Auf diese Weise kann regelmässig festgestellt werden, ob ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden müssen.
- Der Begriff „Betreutes Wohnen“ soll für die Stadt St.Gallen so umschrieben werden, dass er sich deutlich von einer altersgerechten Wohnung, aber auch von den Leistungen eines Pflegeheimes unterscheidet. Ebenso sollen, um eine präzise, bedarfsorientierte Planung für die Stadt und die Anbieter zu ermöglichen, die Begriffe „Demenz-Abteilung“ bzw. „Geschütztes Wohnen“, „Pflegewohnungen“ und „Pflegewohngruppen“ genau definiert und gegen einander abgegrenzt werden. Bis im Jahr 2015 sollen ca. 180 Plätze für Betreutes Wohnen geschaffen werden. Vorwiegend Altersheim- und in geringerem Mass Pflegeheimplätze können um ebenso viele Plätze reduziert werden.
- Private Trägerschaften sollen ermuntert werden, so genannte neue Wohnformen zu verwirklichen. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sollen diese durch die Stadt St.Gallen gezielt finanziell gefördert werden. Entsprechend müssen die neu entstehenden Wohneinheiten den städtisch definierten Standards genügen.
- Die Hilfestellung für demente Personen und ihre Angehörigen soll mit dem Hinweis auf bestehende Institutionen (Anlaufstelle, Angehörigengruppen) verbessert werden.



- Die stationäre Unterbringung von Menschen, welche nicht mehr im Vollbesitz der geistigen Kräfte sind, soll näher untersucht werden. Für spezielle Abteilung für solche Patientinnen und Patienten muss ein Anforderungskatalog erstellt werden und der Bedürfnisnachweis erbracht werden.
- Es sollten vermehrt Tagesstrukturen und eventuell auch Nachtstrukturen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden, damit Angehörige tageweise entlastet werden können.
- Der vorliegende Bericht soll den Heimleitungen zur Kenntnis gebracht werden mit dem besten Dank für die wertvolle Zusammenarbeit bei der Erhebung von 2002.



## 12 Tabellen

Tabelle 1 Entwicklung der Einwohnerzahl und des Betagtenanteils in der Stadt St.Gallen

<b>Jahr</b>	<b>Einwohnerzahl</b>	<b>davon mindestens 65-jährig</b>	<b>in %</b>
1900	53'800	2'180	4.0
1920	70'400	3'510	5.0
1940	62'500	6'440	10.3
1960	72'300	8'675	12.7
1970	80'900	10'730	13.2
1980	75'800	12'460	16.4
1990	75'200	13'046	17.4
1995	71'600	12'869	17.9
1996	70'474	12'821	18.1
1997	70'239	12'725	18.1
1998	69'747	12'587	18.0
1999	69'798	12'582	18.0
2000	69'774	12'569	18.0
2001	70'019	12'509	17.8
2002	70'628	12'509	17.7
2003	70'894	12'509	17.6
2004	70'400	12'519	17.8

---

<sup>9</sup> ab 1985 Forschungszahlen



Tabelle 3 Entwicklung der Einwohnerzahl und des Betagtenanteils im Kanton St.Gallen

<b>Jahr</b>	<b>Einwohnerzahl</b>	<b>davon mindestens 65-jährig</b>	<b>in %</b>
1981	391'671	54'051	13.8
1982	394'387	54'031	13.7
1983	396'520	54'323	13.7
1984	398'626	55'010	13.8
1985	401'216	56'571	14.1
1986	403'931	57'358	14.2
1987	407'012	58'203	14.3
1988	410'773	59'151	14.4
1989	414'718	59'719	14.4
1990	420'268	60'519	14.4
1991	427'648	59'871	14.0
1992	432'819	60'595	14.0
1993	436'967	61'175	14.0
1994	440'744	61'263	13.9
1995	442'350	61'929	14.0
1996	443'839	62'137	14.0
1997	443'880	62'587	14.1
1998	444'891	62'730	14.1
1999	447'609	63'560	14.2
2000	449'399	64'264	14.3
2001	452'641	65'180	14.4
2002	455'345	66'025	14.5
2003	457'427	67'242	14.7
2004	458'814	67'904	14.8

Tabelle 4 Schätzung der mindestens 65-Jährigen in der Stadt St.Gallen 2010 bis 2030 (gerundet)

<b>Altersgruppen</b>	<b>2010</b>	<b>2015</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>
65- bis 69-Jährige	3'350	3'240	3'280	3'960
70- bis 74-Jährige	2'650	3'000	2'920	3'270
75- bis 79-Jährige	2'310	2'230	2'540	2'550
80- bis 84-Jährige	1'850	1'760	1'730	1'980
85- bis 89-Jährige	1'270	1'170	1'130	1'290
über 90-Jährige	730	760	730	710
<b>Total über 65-Jährige</b>	<b>12'160</b>	<b>12'160</b>	<b>12'330</b>	<b>13'760</b>



Tabelle 5 Vergleich der Bevölkerungsprognose von 1993 (Volkszählung 1990) und 2004 (Volkszählung 2000) (gerundet)

Altersgruppen	Prognose für 2010		Prognose für 2020	
	alt	neu	alt	neu
65- bis 69-Jährige	3'770	3'350	3'740	3'280
70- bis 74-Jährige	3'050	2'650	3'310	2'920
75- bis 79-Jährige	2'760	2'310	3'170	2'540
über 80-Jährige	4'920	3'850	5'370	3'580
<b>Total über 65-Jährige</b>	<b>14'500</b>	<b>12'160</b>	<b>15'580</b>	<b>12'310</b>

Tabelle 6a Anzahl in St.Gallen wohnhafte Betagte 1960 bis 2030 in Zahlen der Gesamtbevölkerung

Altersgruppen	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2020	2030
65- bis 69-Jährige	3'364	3'598	3'769	3'519	3'094	3'354	3'277	3'962
70- bis 74-Jährige	3'005	2'820	3'445	2'982	2'909	2'647	2'915	3'268
75- bis 79-Jährige	2'177	2'130	2'496	2'806	2'724	2'308	2'540	2'549
über 80-Jährige	1'583	2'184	2'750	3'739	3'919	3'536	3'580	3'976

Tabelle 6b Anzahl in St.Gallen wohnhafte Betagte 1960 bis 2030 in Prozent der Gesamtbevölkerung

Altersgruppen	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2020	2030
65- bis 69-Jährige	4.47	4.55	5.26	4.96	4.43	4.72	4.66	5.74
70- bis 74-Jährige	3.99	3.57	4.81	4.21	4.17	3.73	4.15	4.73
75- bis 79-Jährige	2.81	2.70	3.48	3.96	3.90	3.25	3.61	3.69
über 80-Jährige	2.10	2.76	3.84	5.28	5.62	4.98	5.09	5.74

Tabelle 9 Altersstruktur aller Heimbewohnerinnen und -bewohner im Jahr 2002 im Vergleich zu 1998

	jünger als 65		65 bis 79		älter als 80		Total	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2002	38	2.9	190	14.7	1'066	82.4	1'294	100
1998	36	2.5	253	17.8	1'136	79.7	1'425	100



**13 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis**

<b>Tabellen</b>		<b>Seite</b>
Tabelle 1	Entwicklung der Einwohnerzahl und des Betagtenanteils in der Stadt St.Gallen	29
Tabelle 2	Bevölkerung der Stadt St.Gallen nach Altersgruppen seit 1983	7
Tabelle 3	Entwicklung der Einwohnerzahl und des Betagtenanteils im Kanton St.Gallen	30
Tabelle 4	Schätzung der mindestens 65-Jährigen in der Stadt St.Gallen 2010 bis 2030 (gerundet)	30
Tabelle 5	Vergleich der Bevölkerungsprognose von 1993 (Volkszählung 1990) und 2004 (Volkszählung 2000) (gerundet)	31
Tabelle 6a	Anzahl in St.Gallen wohnhafte Betagte 1960 bis 2030 in Zahlen der Gesamtbevölkerung	31
Tabelle 6b	Anzahl in St.Gallen wohnhafte Betagte 1960 bis 2030 in Prozent der Gesamtbevölkerung	31
Tabelle 7	Heimbewohner und -bewohnerinnen nach Wohnort und Geschlecht (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag: 30.06.2002)	10
Tabelle 8	Herkunft der Heimbewohnerinnen und -bewohner, welche vor Heimeintritt nicht in der Stadt St.Gallen wohnten (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag: 30.06.2002)	11
Tabelle 9	Altersstruktur aller Heimbewohnerinnen und -bewohner im Jahr 2002 im Vergleich zu 1998	31
Tabelle 10	Bedarf an Heimplätzen für die Stadt St.Gallen	12
Tabelle 11	Bedarfswerte einiger Städte und des Kantons St.Gallen	13
Tabelle 12	Bedarf an Heimplätzen bei verschiedenen Prozent Zahlen der mindestens 80-Jährigen von 2010 bis 2030 (Zahlen aus Tabellen 3 und 9)	13
Tabelle 13	Anzahl Plätze, Belegung am 31. Dezember 2002, Ein- und Aus- tritte im Jahr 2002, errechnete Aufenthaltsdauer	14
Tabelle 14	Fehlende (-) bzw. überschüssige (+) Plätze nach verschiedenen Berechnungsmethoden aus Tabelle 10 und 11	14
Tabelle 15	Anzahl Personen nach BESA-Stufen (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag 30.06.2002)	15





Tabellen		Seite
Tabelle 16	Prozentualer Anteil der BESA-Stufen (Jahresumfrage des Kantons St.Gallen; Stichtag 30.06.2002)	16
Tabelle 17	Einteilung der Heime nach der Pflegebedürftigkeit der Heimbewohnerinnen und -bewohner	17
Tabelle 18	Anteil der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner mit demenziellem Syndrom	19
Tabelle 19	Berechnung der Anzahl Patientinnen und Patienten mit demenziellem Syndrom bezogen auf die Wohnbevölkerung der Stadt St.Gallen	19
Tabelle 20	Errechneter Aufenthaltsort der Patientinnen und Patienten mit demenziellem Syndrom	20
Tabelle 21	Bettenangebot in den Heimen der Stadt St.Gallen und Vergleich mit der Nachfrage der Angemeldeten	20
Tabelle 22	Mindestanforderungen für Wohnformen im Alter aus „Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten 10 Jahre“	24
Tabelle 23	Bedarfpotential für Wohnformen im Alter aus „Neue Wohnformen in der Stadt St.Gallen - Eine Bedürfnisabklärung für die nächsten 10 Jahre“	24
Tabelle 24	Errechnete Anzahl von Plätzen für neue Wohnformen (Minimalanforderung)	25

<b>Abbildungen</b>		<b>Seite</b>
Abbildung 1	Entwicklung des Betagtenanteils in der Stadt St.Gallen 1900 bis 2004	6
Abbildung 2	Anteil Betagte an der Gesamtbevölkerung; Vergleich Kanton und Stadt St.Gallen 1995 bis 2004	7
Abbildung 3	Schätzung der über 65-Jährigen in der Stadt St.Gallen 2010 bis 2030	8
Abbildung 4	Prognosen für das Jahr 2010	9
Abbildung 5	Prognosen für das Jahr 2020	9
Abbildung 6	In St.Gallen wohnhafte Betagte 1960 bis 2030	10
Abbildung 7	Alter der Heimbewohnerinnen und -bewohner 1998 und 2002	11

